



Beschluss

Für ein Schengen-System, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird!

1. Bundesausschuss 2016 in Brüssel 08.04.16

Wir, die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland, fordern ein Schengen-System, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

Ein solches Schengen-System muss erstens zur wirksamen Migrationssteuerung beitragen, zweitens die Verbesserung der inneren Sicherheit auf dem Territorium der EU sowie den Schutz nach außen gewährleisten und drittens dem Grundsatz der Freizügigkeit Priorität einräumen.

Deshalb fordern wir:

1 Dublin-Verordnungen abschaffen und eine Gemeinsame Europäische Asylpolitik einführen

Unter dem Druck der anhaltenden Fluchtbewegungen in die EU hat sich die Schwäche der Dublin-Verordnungen offenbart und als ineffektiv, ungerecht und nicht mehr zeitgemäß erwiesen. Anstelle der Dublin-Verordnungen muss eine gemeinsame europäische Asylpolitik treten. Deren Kern muss erstens aus der Harmonisierung administrativer und rechtlicher Standards in der Asylpolitik der Mitgliedstaaten, zweitens aus der Einführung einer verbindlichen Verteilung von Flüchtlingen unter Koordination der EU-Kommission und drittens der Umgestaltung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen zu einer Europäischen Asylbehörde (European Asylum Authority), die mit entsprechenden Kompetenzen, Kapazitäten und Ressourcen ausgestattet ist, bestehen.

2 Kein "Mini-Schengen": Griechenland nicht alleine lassen

Ein vielerorts diskutiertes Szenario, wonach Griechenland gemäß Artikel 26 des Schengener Kodex aus dem Schengen-System suspendiert werden könnte, widerspricht dem europäischen Solidaritätsprinzip und trüge nicht zur Lösung der Probleme bei, welche aus der hohen Zahl von nach Europa flüchtenden Menschen resultieren. Ein "Mini-Schengen" unter Aufnahme einiger weniger Mitgliedstaaten würde einen Rückschritt im europäischen Integrationsprozess bedeuten. Vielmehr muss Griechenland bei seinem Grenzmanagement und der



Aufnahme von Flüchtlingen unterstützt werden (vergleichbar mit Forderung 1,2,3,4,7).

3 Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke (Rapid Border Intervention Teams) unter die Führung der EU-Kommission stellen

Zahlreiche Mitgliedstaaten der EU, insbesondere Staaten entlang der Balkanroute und Griechenland, haben innerhalb der letzten Monate die Kontrolle über die Sicherung ihrer europäischen Außengrenzen verloren. Gleichzeitig hat sich die humanitäre Situation unzähliger Flüchtlinge dramatisch verschärft. Es zeigt sich, dass das Krisenmanagement dieser Staaten nicht ausreicht, um effektives Grenzmanagement zu gewährleisten und um die humanitäre Notlage dieser Flüchtlinge zu verhindern. Die EU muss sich dieses Problems unverzüglich annehmen, um wieder geordnete Verhältnisse an den Grenzen herzustellen. Hierfür muss die EU die Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke weiterentwickeln. Damit einher geht einerseits die Erhöhung von Personal, Kapazität und Budget und andererseits die konzeptionelle Veränderung, die sich im Wesentlichen dadurch auszeichnet, dass ab sofort die EU-Kommission über die Entsendung der Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke entscheidet und nicht - wie bisher - die betroffenen Mitgliedstaaten.

4 Das Recht, tätig zu werden: Europäischen Zivilschutzmechanismus stärken und EU-Kommission mit Entscheidungskompetenz ausstatten

Der Europäische Zivilschutzmechanismus hat im vergangenen Jahr zahlreiche EU-Mitgliedstaaten, wie Ungarn, Griechenland und Kroatien, bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen unterstützt, die bei ihrer Ein- und Durchreise in EU-Mitgliedstaaten festsaßen. Gleiches leistete der Europäische Zivilschutzmechanismus für Nicht-EU-Staaten, wie Serbien und Mazedonien, die ebenfalls große Anzahl von Flüchtlingen aufnahmen. Aufgrund dieser zunehmenden Inanspruchnahme des Europäischen Zivilschutzmechanismus müssen seine finanziellen Mittel kurzfristig erhöht werden.

5 Entwicklung eines Frühwarnsystems für Fluchtbewegungen durch die Europäische Asylbehörde

Die neugeschaffene Europäische Asylbehörde (siehe Forderung 1: Dublin-Verordnung abschaffen und eine Gemeinsame Europäische Asylpolitik einführen) muss mit der Aufgabe betraut werden, ein Frühwarnsystem für Fluchtbewegungen zu entwickeln, sodass die EU zukünftig in der Lage ist, vorbereitende humanitäre Maßnahmen zu treffen, ehe Fluchtbewegungen die EU erreicht haben. Die Flüchtlingskrise entstand nicht aus dem Nichts.



Vorwarnungen aus der Wissenschaft wurden aus verschiedenen Gründen nicht hinreichend angehört. Dies sollte sich in Zukunft ändern.

6 Eurosur besser ausstatten

Das Europäische Grenzüberwachungssystem Eurosur muss finanziell und personell besser ausgestattet werden. Gleichmaßen muss der Lebensrettungsaspekt von Eurosur zukünftig stärker berücksichtigt und das Europäische Parlament und die Öffentlichkeit müssen vermehrt über die Ergebnisse von Eurosur unterrichtet werden.

7 Von Frontex zu einer echten Europäischen Küsten- und Grenzschutzagentur

Der Gesetzesentwurf der EU-Kommission zur Einrichtung eines Europäischen Küsten- und Grenzschutzes vom Dezember letzten Jahres geht nicht weit genug. Um europäische Außengrenzen gemeinsam zu sichern, müssen europäische Grenzschutzbeamte die Führung übernehmen. Die geplante Fortführung der bisherigen Praxis, dass europäische Grenzschutzbeamte nationale Behörden lediglich unterstützen und auf deren Kooperation in der operativen Phase ihrer Arbeit angewiesen sind, hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Darüber hinaus muss die Implementierung des Smart Border Packages (Einreise/Ausreiseprogramm, Registrierungsprogramm für Reisende), sowie die Einrichtung geplanter Hotspots diesseits der Außengrenzen unverzüglich beschleunigt und durchgesetzt werden.

8 Datenbank-Dschungel beenden und Europäischen Nachrichtendienst gründen

Die effektive Sicherung des Schengenraums nach innen und außen ist unmittelbar mit der Terrorabwehr verknüpft. Während sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten über eine Vielzahl von Daten und Datenbanken verfügen, die zur Terrorabwehr innerhalb des Schengenraums dienen, haben die Terroranschläge von Paris und Brüssel unter Beweis gestellt, dass die Verzahnung der gesammelten Informationen zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und den Mitgliedstaaten und der EU andererseits weder in ausreichendem Maß stattfindet, noch zufriedenstellend funktioniert. Eine Verbesserung der Interoperabilität, die der Rat als Reaktion auf die Terroranschläge von Brüssel am 22. März 2016 beschloss, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die EU muss hingegen Maßnahmen zur Gründung eines Europäischen Nachrichtendienstes einleiten, der die Nachrichtendienstarbeit aller Mitgliedstaaten federführend durchführt und koordiniert. Dieser Europäische



JUNGE
EUROPÄISCHE
FÖDERALISTEN
DEUTSCHLAND

Junge Europäische Föderalisten Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29
D – 10178 Berlin
Fon +49 30 978941-81
Fax +49 30 978941-82
busek@jef.de
www.jef.de

Nachrichtendienst muss der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen.

9 Keine Experimente: längerfristige Grenzkontrollen vermeiden

Unter dem Druck der Fluchtbewegungen haben seit September 2015 acht Mitglieder des Schengen-Raumes temporäre Binnengrenzkontrollen wiedereingeführt. Seit Januar 2016 prüft die EU-Kommission eine schengenweite Wiedereinführung von Grenzkontrollen gemäß Artikel 26 des Schengener Kodexes für bis zu zwei Jahre. Während Befürworter in der längerfristigen Wiedereinführung von Grenzkontrollen eine Möglichkeit sehen, das Bewusstsein in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für die Notwendigkeit des Schengen-Systems und der damit verbundenen Freizügigkeit zu schärfen, lehnen wir die längerfristige Suspendierung der Freizügigkeit entschieden ab. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen muss eine Ausnahme bleiben und darf nicht zur Regel werden. Ansonsten droht die sukzessive Fragmentierung des Schengen-Systems, an dessen Ende der Zusammenbruch des Schengen-Systems stehen könnte.